

Horst Arenz

Über linke Blockaden Das Beispiel der Jahrhundertkrise

Die Medien sind sich einig: Die Partei DIE LINKE profitiert nicht von der Krise. Zwar wird immer deutlicher, dass sich in der Krise zentrale Kritikpunkte der Linken bewahrheiten. Der stärkere Zuspruch in der Bevölkerung bleibt bislang aus. Im Gegenteil: Die Partei DIE LINKE stagniert zwischen 10 und 12% und hat gegenüber dem Hoch von 14% sogar an Zustimmung verloren.[1]

Die Erklärung war – auch im eigenen Lager – schnell gefunden. Alle Erfahrungen lehrten, dass Krisenzeiten nicht die Stunde der Linken seien. Außerdem würden mit wachsender Dauer und Tiefe der Krise immer öfter linke Forderungen von konkurrierenden Parteien – die FDP ausgenommen – übernommen. Hinzu käme, dass die LINKE von den Menschen nicht als Partei der Gestaltung wahrgenommen würde, sondern als Partei der Forderungen und des Protests.

Es muss erlaubt sein, diese Thesen zu hinterfragen. Auffallend ist zunächst ein paradoxer Befund. Nach einer fraktionsinternen repräsentativen Befragung unterstützen zwei Drittel der Befragten der Sache nach die Forderungen der so genannte Frankfurter Erklärung, die kurz vor der Hessen-Wahl von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag beschlossen wurde und in der in fünf Punkten die Position der Fraktion zur Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengefasst sind.[2] Konträr dazu kommt DIE LINKE in den Umfragen zum Wahlverhalten zur Bundestagswahl mit konstant 10 bis 12% nicht vom Fleck.

Näheren Zugang zu diesem Paradoxon kann die zitierte Allensbach-Untersuchung liefern. Der Studie zufolge existiert in der Bevölkerung zwar eine breite Zustimmung etwa zur Verstaatlichung der Energiekonzerne, sie gründet jedoch auf eine Kosten-Nutzen-Argumentation, entspringt also nicht einer tiefer gehenden politischen Bewertung der Bedeutung von Verstaatlichungen für die Reorganisation der ökonomischen Strukturen. Im Gegenteil wird der Studie zufolge dem Staat keine Funktion als Wirtschaftslenker zugeschrieben. Als vorrangig werden die soziale Gerechtigkeit und die Verteilungsverhältnisse betrachtet. Die Krise und ihre Folgen werden in erster Linie unter dem Gerechtigkeitsaspekt wahrgenommen. Ähnlich wie bei den großen Demonstrationen gegen die Krise in Irland, London, Paris, Berlin und Frankfurt stehen die Frage "Wer zahlt die Zeche" und die Frage nach der Haftung für die Schäden im Mittelpunkt. Drei Viertel der Befragten kritisieren, dass die Banker aus der Krise ungeschoren davonkommen. 50% halten die in den oberen 10% angehäuften Vermögen für Grundgesetz widrig.

Aus Platzgründen kann hier nicht untersucht werden, ob die Ausweitung der Wählerbasis auf den Bereich qualifizierter Lohnabhängiger und die Abkehr von der Schwerpunktsetzung auf den Bereich der Arbeitslosen und Niedriglohnempfänger nicht unverzichtbar ist, wenn DIE LINKE nicht konstant bei der 10-Prozentmarke kleben bleiben will. Es soll vielmehr an der Positionierung der LINKEN zur aktuellen Krise diskutiert werden, ob ihre Stagnation z.T. nicht auch auf ihre Politik der Partei und deren öffentliche Präsentation zurückgeführt werden kann. Kernaussage ist, dass die dramatische Erschütterung der Grundlagen des Kapitalismus in der Tat ein breites Agitationsfeld bieten kann, auf dem die Linke gewinnen kann, wenn sie drei grundlegende Sachverhalte beachtet.

1. Krise und Alltagsbewusstsein

Wer behauptet, dass die Krise in Deutschland bei den Menschen noch nicht angekommen ist, lebt in einer anderen Republik. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor einer nicht mehr sicheren Altersversorgung und vor Einschnitten sozialer Transferleistungen macht sich zunehmend breit. Massenentlassungen bei ThyssenKrupp und bei Hafengebieten in Bremen und Hamburg, erste Hungerstreiks bei Leiharbeitern, Streichung von einem Viertel des Personals bei Heidelberger Druck, drohende Betriebsschließung bei Continental, Explosion der Kurzarbeiteranträge von fast null auf 2,1 Mio. in einem Jahr, ein Auftragsrückgang im Maschinen- und Anlagenbau von 50% gegenüber dem Vorjahr, drohende Insolvenz in Größenordnungen bei Spediteuren und Autozulieferern etc. belegen zur Genüge die Betroffenheit. In Umfragen erklärt ein Viertel der Befragten, dass sie mit Einkommenskürzungen rechnen.

Die Frage ist, ob die Linke den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Erklärung der Krise in ökonomischen Kategorien und deren Verarbeitung im Alltagshorizont breiter Teile der Bevölkerung richtig erfasst hat. Nur eine Minderheit der Bevölkerung ist in der Lage, sich die Informationen zu verschaffen, die eine Durchdringung der mit den Ursachen und Folgen der Krise verbundenen komplexen Zusammenhänge erlauben, nur eine Minderheit ist von ihrem kulturellen und Bildungshorizont in der Lage, die Deutungen, die Parteien und Gewerkschaften z.B. als Bewertung der internationalen Krisengipfeltreffen anbieten, zu verfolgen und zu verstehen. Die Menschen erfahren die Auswirkungen der Krise nur auf der Ebene ihres tagtäglichen Lebens, sozusagen an der Oberfläche der Krisenfolgen.

Etlliche Umfragen zeigen, dass viele Forderungen der LINKEN zwar unterstützt werden, aber bzgl. der Machbarkeit große Skepsis besteht. Die LINKE muss die beträchtliche Zurückhaltung zur Kenntnis nehmen, die die Menschen angesichts der zahlreichen gescheiterten Versuche, eine Alternative zum Kapitalismus aufzubauen, ihren Vorschlägen gegenüber an den Tag legen. Sie muss auch die Zurückhaltung gegenüber politischen Parteien und staatlichen Interventionen und die Passivität^[3] vieler Menschen berücksichtigen. Eine linke Partei steht vor der großen Herausforderung, ihre Konzepte in das Alltagsleben und die Alltagssprache zu übersetzen. Gelingt ihr das nicht, muss sie scheitern. Konkret heißt dies u.a.:

Es muss gelingen, die Ängste der Menschen vor Arbeitsplatzverlust zu nehmen, indem sie Konzepte propagiert, die ihre Durchsetzbarkeit glaubwürdig aufzeigen. So muss in dem vorgeschlagenen Konzept "Schutzschirm für Menschen" z.B. deutlich werden, dass die Einführung einer Millionärsteuer von 5% jährlich auf Privatvermögen ab einer Million Euro nicht durch verstärkte Steuerflucht konterkariert wird, d.h. dass das Konzept begleitet wird durch (durchaus machbare) Maßnahmen, die die Steuerflucht unterbinden. Auch zur Vermittlung der Forderung mit den Hürden, die im Finanzföderalismus angelegt sind, wäre Stellung zu nehmen. In dem Konzept muss deutlich gemacht werden, wie das geforderte "staatliche Zukunftsprogramm" in Höhe von jährlich 100 Mrd. Euro und wie der einmalig einzurichtende, von einem Gremium aus Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden und Wirtschaftskammern zu verwaltende Zukunftsfonds in Höhe von weiteren 100 Mrd. auch vor Ort und in den Unternehmen umgesetzt werden kann. Ein Konzept, das angesichts des bekannten Hickhacks vor Ort^[4] die Frage der dazu notwendigen gesellschaftlichen Mobilisierung und Konsensfindung ausklammert, ist nicht glaubwürdig.

Die Menschen verarbeiten politische Fragen nicht nur primär auf der Ebene ihres Alltagslebens, sondern auch in einer ganz spezifischen Sprache. Diese drückt sich nicht nur verbal aus, sondern auch in Symbolen und – mit Blick auf die politischen Repräsentanten – nicht zuletzt auch in der Sensibilität gegenüber deren Habitus. So sehr populistischen Neigungen widerstanden werden muss, so unverzichtbar muss diese Übersetzung von Politik in die Kommunikationsformen des Alltags geleistet werden.

Die Alltagsebenen, auf denen die Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt werden, sind zahlreich. Neben der erwähnten Sicherheit des Arbeitsplatzes steht die Sicherheit im Alter im Vordergrund. Die LINKEN ist es bislang nicht gelungen, in ihrer für dieses Jahr angekündigten Rentenkampagne die massiven Auswirkungen der Krise für die Altersvorsorgesysteme politisch zu transportieren. Die Auffassung – die auch in der Linken anzutreffen ist –, die Altersvorsorge in Deutschland sei eine der sichersten in der Welt, ist abwegig. Mit der Zulassung von Pensionsfonds durch die rot-grüne Bundesregierung konnten deutsche Lebensversicherer künftig auch in Hedge- und Private-Equity-Fonds investieren, die keinerlei Anlagebeschränkungen unterliegen. Pensionsfonds wurden so zu einer zentralen Quelle des Booms in diesen Bereichen. Heute sind beide Bereiche in einer tiefen Krise, mit dem Zusammenbruch von ca. der Hälfte der Hedgefonds weltweit wird gerechnet. Lebensversicherungen sind zu einem erheblichen Teil in Kreditverbriefungen investiert, allein die Allianz nach Daten der WestLB zu 120 Mrd. Euro. Pensionsfonds und Versorgungswerke sind mit 670 Mrd. Euro in Pfandbriefen investiert, der einst so stabile Pfandbriefmarkt kommt nun in erhebliche Turbulenzen. Schließlich haben Dax-Konzerne von der Möglichkeit der Ausplatzierung der Versichertengelder in Treuhandgesellschaften kräftig Gebrauch gemacht, mit dem Effekt, dass ihre Rentenlasten nur noch zu zwei Dritteln gedeckt sind.[5] Die Pensionssicherungskassen treten aber erstens bei Leistungskürzung nicht in Aktion, sondern nur im Insolvenzfall, und zweitens sind sie von ihrem Vermögensbestand nicht auf den simultanen Konkurs mehrerer Konzerne ausgelegt. Die Linke ist dringend gefordert, die massiven Auswirkungen der Krise auf die privaten Alterssicherungssysteme in den Mittelpunkt ihrer Antikrisen-Kampagnen zu stellen. Ähnliches gilt für die Krisenfolgen der vorprogrammierten Haushaltsdefizite im Bereich Gesundheit, Pflege und Bildung.

Partei und Bundestagsfraktion müssen vermeiden, zwar "völlig wahr, aber nur von Sachen" zu sprechen, während "die Nazis betrügend, aber zu Menschen" reden.[6] Dies schließt u.a. eine grundsätzliche Neuorientierung zentraler Bereiche der Arbeit der Bundestagsfraktion ein, die sich anstelle der Orientierung auf das verselbständigte "Raumschiff Bundestag" mit seiner unsäglichen Kultur der wagonweisen Produktion von Papierbergen auf die Alltagsorgen der Menschen konzentrieren muss.

Dies ist auch zur Profilierung gegenüber der SPD notwendig.[7] Die SPD ist rechtzeitig zum Wahlkampf auf den Kurs "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern" umgeschwenkt und ist plötzlich für Börsenumsatzsteuer, für harte Re-Regulierung der Finanzmärkte und sogar für die Ausnutzung nationaler Spielräume gegen den internationalen Renditedruck, die jahrelang als Teufelszeug abgetan wurde.[8] Die Linke muss durch Konzipierung glaubwürdiger Forderungen den sozialdemokratischen Opportunismus anprangern und deutlich machen, dass ein Kurswechsel ohne Nennung von Ross und Reiter von der Wählerschaft nicht akzeptiert wird.

2. Verstaatlichung des Finanzsektors

In der Partei DIE LINKE haben sich die Strömungen bei der Frage, wie man mit den Finanzmärkten umzugehen hat, positioniert. Während vom Forum Demokratischer Sozialismus wenig hierzu zu hören ist, geht es für die der Parteilinken zuzurechnenden Strömungen um eine Grundsatzfrage. Sozialistische Linke, Kommunistische Plattform und Antikapitalistische Linke wollen den gesamten Finanzsektor inkl. der Versicherungen vergesellschaften. Die Differenzierung zur Verstaatlichung wird zwar betont, aber nicht ausgeführt. Feststeht bei diesen Auffassungen, dass die Überführung in öffentliches Eigentum der Reorganisation sowohl des Finanzsektors als auch der wesentlichen Bereiche der Wirtschaft[9] zeitlich, sozusagen etappenmäßig, vorausgesetzt ist.

Auch bei der Verstaatlichungsfrage stellt sich die Frage der Durchführbarkeit. Gegen die Behandlung des Sachverhalts auf einer grundsätzlichen Ebene und als Problem der zeitlichen Abfolge steht die These, dass die Forderung nach Eigentumsüberführung nur eine Frage unter zahlreichen anderen darstellt, wenn man die extrem komplexe Herausforderung einer Re-Proportionierung des Finanzsektors, die den eigentlichen Stellenwert der Vergesellschaftung im Unterschied zur Verstaatlichung markiert, angehen will. Man wird den Verdacht nicht los, dass die Reduzierung der Problematik auf die vereinfachte Form von der Vergesellschaftung mit einer reduzierten Interpretation der Veränderungen im Finanzmarktkapitalismus zusammenhängt (s. hierzu Punkt 3).

Ausmaß, Wucht und Tempo der Zerrüttung der Finanzmärkte haben eine bislang unvorstellbare Dimension erreicht, die die Große Depression der 1930er Jahre übertrifft. Auch der Umfang der weltweiten Finanzanlagen von heute 170 Bio. US-Dollar war vor 80 Jahren unbekannt. Hinzukommt, dass ein Ende des Abwärtsspirale noch nicht absehbar ist. Der Entwertungsprozess auf den Märkten Immobilien, Auto- und Bildungskredite hat inzwischen den Sektor der Unternehmenskredite und -anleihen erfasst. Die Rückwirkung der mit voller Wucht einsetzenden rezessiven Entwicklung auf die Finanzmärkte steht erst noch bevor. Der krisenauslösende Faktor abstürzender Immobilienpreise ist weiter aktiv, allein in den USA stehen bis zu acht Mio. Häuser in den nächsten Jahren vor der Zwangsversteigerung.

Das zentrale Problem ist die rationale Steuerung dieses Entwertungsprozesses. Dabei geht es in erster Linie um seine sozialverträgliche Abfederung, um verheerende Folgen etwa für die Alterssicherungssysteme zu vermeiden. Nach einer in der ARD unlängst vorgestellten Studie sind deutsche Lebensversicherer zu ca. 50% in Bankanleihen investiert.[10] Hier wird natürlich die Einschätzung über die Höhe der auf die Banken zukommenden Verluste und die Form ihrer Abwicklung entscheidend. Wer die Auffassung vertritt, die Destabilisierung der Ökonomie durch die Finanzmärkte ist nicht so dramatisch, weshalb die Krise bald vorbei ist und der Kapitalismus zu neuer Blüte finden wird, kann sich auch vorstellen, dass sich die Auslagerung der bis zu einer Bio. Euro geschätzten, in den Büchern deutscher Banken schlummernden Verluste in einer bad bank im kommenden Aufschwung von selbst erledigen wird.[11]

Leider ist die Frage der Bewältigung der Bankenverluste von der Partei DIE LINKE in ihrer zentralen Bedeutung für die Mobilisierung in der Bevölkerung nicht angemessen aufgegriffen worden. Panikmache und Kassandrarufer sind sicher kein geeignetes Mobilisierungsinstrument. Es geht darum, erstens die verantwortungslose Unterschätzung der Krise durch die Bundesregierung zu brandmarken und zweitens krisenhafte Entwicklungen

frühzeitig zu erkennen und die Konzipierung der eigenen Politik darauf einzustellen. Die Position, das Problem könne entweder mit dem kommenden Aufschwung oder über kurzfristige staatliche Stützungsmaßnahmen (z.B. Notenbankanleihen, d.h. über Geld drucken) oder gar durch eine Millionärssteuer bewältigt werden, wirkt wenig Vertrauen erweckend.

Die Debatte über die Bedeutung dieser Frage ist bis heute in Partei und Bundestagsfraktion nicht abgeschlossen. Die mangelnde Offensivität und das zögerliche Aufgreifen ist einer der Gründe, warum DIE LINKE kaum von der Krise profitiert. Wie wichtig diese Frage für die Menschen ist, kann man daran ersehen, dass sich die Forderungen der Massendemonstrationen in Dublin, London, Frankreich und Deutschland auf die Parole "Profiteure zur Kasse", "Wir zahlen nicht für eure Krise" und um die Haftung der Verantwortlichen fokussierten.

Es geht darüber hinaus in Teilsegmenten des Finanzsektors vorrangig darum, die Entwertung politisch erst herbeizuführen bzw. zu verstärken. Die Re-Organisation der Ökonomie kann nicht gelingen, wenn der massive Druck, den die auf Verwertung abzielenden Finanzanlagen auf die Realökonomie ausüben und der die Basis der Prekarisierung und der Niedriglohnstrategien darstellt, nicht zurückgeführt wird. Bei Fälligkeit der Risikopapiere in den Bankbüchern entstehen Forderungen, auf die private inländische und ausländische Investoren, Banken, Pensionsfonds, Lebensversicherungen Ansprüche anmelden und deren Erfüllung von den nun verstaatlichten Banken zu bewältigen ist – ein Problem, mit dem auch ein verstaatlichter Bankensektor konfrontiert ist. Ein Kapitalschnitt etwa im Bereich der Forderungen von Finanzinvestoren, Investmentfonds, Vermögensverwaltern, Lebensversicherern[12] etc. an Banken (Anleihen, Schuldverschreibungen etc.) ist ebenso unumgänglich wie ein Vermögensschnitt bei großen Vermögen. Die damit vorprogrammierten massiven, auch Verfassungsfragen betreffenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – zumal wenn sie von einer linken Regierung initiiert werden – müssen gewonnen werden.

Wichtig sind auch weitere Fragen. Dazu zählt das Mobilisierungsproblem, das durch die Notwendigkeit der Unterstützung der Bankbeschäftigten aufgeworfen wird. Das Bankpersonal würde durch die Reorganisation der Kreditsektors mit großen Umwälzungen konfrontiert (z.B. der Schließung ganzer Teilsegmente – Stichwort Investmentbanking), weil sie vor allem in den besser bezahlten Bereichen komplett auf Renditemaximierung gepolt waren. Hierunter fallen auch die erheblichen Umwälzungen im Bereich der privaten Alterssicherung. Hierzu zählt schließlich auch das Problem des internationalen Drucks, der nach einer Eigentumsüberführung fortbestehen würde. Die komplexen Verflechtungen der weltweiten Finanzströme existieren weiter. Keine der führenden deutschen Banken ist heute nur auf dem heimischen Markt aktiv, sondern tief eingebunden in den Konkurrenzkampf um die Marktanteile und Renditen auf den Welt-Finanzierungsmärkten.

Zusammengefasst geht es für die Linke darum, den Umbau des Finanzsektors nicht als eine isolierte Aktion zu begreifen, die der Gesetzgeber sozusagen von oben beschließt und mit der der Hauptbatzen der Arbeit erledigt ist, sondern als einen dauerhaften gesellschaftlichen Prozess zu erfassen, der eine breite und dauerhafte gesellschaftliche Unterstützung zur Bedingung hat.[13]

3. Fehleinschätzungen zum Finanzmarktkapitalismus

Einer der Gründe für die lange Zeit zurückhaltende und verspätete, dann aber umso radikaler auftretende Positionierung der LINKEN zu der nun seit mehr 20 Monaten

andauernden Krise ist in grundsätzlichen theoretisch-politischen Differenzen über die Natur der neuen Erscheinungen des Kapitalismus zu suchen.

Dass der Finanzmarktkapitalismus durch eine im Vergleich zur Realökonomie extreme Ausweitung der Finanzanlagen charakterisiert ist, die ihren Ursprung hat in zunehmenden Verwertungsproblemen im Produktionsprozess und in einer politisch gewollten Umverteilung von unten nach oben (Stichworte Niedriglohnsektor, Sozialabbau, Steuersenkung zugunsten hoher Einkommen und Vermögen und der Unternehmen, Kürzung der gesetzlichen Renten) und die ihrerseits mit ihren Renditeansprüchen negativ zurückwirken auf die Realwirtschaft, war zwar nicht immer Konsens in der Linken, ist aber inzwischen weitgehend unbestritten.

Strittig ist dagegen die Einschätzung der Bedeutung seiner konkreten Erscheinungsformen und ihrer Folgen für die Stabilität der kapitalistischen Ökonomie. Daraus resultieren Differenzen in der Beurteilung der dem Finanzmarktkapitalismus inhärenten Instabilitäten und damit der Krisenhaftigkeit des heutigen Kapitalismus.

Besonders augenscheinlich ist dies an der Beurteilung der Bedeutung des Immobiliensektors ablesbar. Die Immobilienkrise in den USA zeichnete sich erstmalig Ende 2005 mit einer deutlichen Absenkung der Steigerungsraten der Immobilienpreise ab. Mitte 2006 war mit Einsetzen des Preisverfalls der Immobilienboom zu Ende, der dann in einen absturztartigen Niedergang überging. Die Entwicklungen im Immobilienbereich sind nicht nur charakteristisch für die neuen Erscheinungen des Finanzmarktkapitalismus mit seiner neoliberalen Ideologie der vermögensgetriebenen Ökonomie, der Förderung des Privateigentums und der Eigenverantwortung, d.h. Privatisierung der Altersversorgung – Erscheinungen, die ohne gründliche Analyse nicht wahrgenommen werden können.

Sie wurden auch zu einem zentralen Faktor der Konjunktorentwicklung. Alan Greenspan hat auf die hohe Bedeutung des Immobiliensektors für die Wiederbelebung der US-Wirtschaft nach der New-Economy-Blase hingewiesen. Robert Brenner hat aufgezeigt, dass in den USA "die Immobilienmärkte und Hypotheken in den Jahren 2000 und der ersten Hälfte 2003 insgesamt nicht weniger als zwei Drittel des BIP-Wachstums ausmachten". [14] Die ab Mitte 2006 in den USA platzende Immobilienblase, die sich dann auf Irland, Spanien, Großbritannien und Frankreich ausdehnte, konnte folglich als Signal für weitaus tiefer gehende Krisenprozesse verstanden werden.

In der Linken findet eine schon vor Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 ausgebrochene Debatte statt, die neuen Krisenmomente, die den Entwicklungen auf den Vermögensmärkten innewohnen, als Katastrophen- und Kassandrapolitik abzutun. Dahinter steht die Kritik, man vernachlässige bzw. unterschätze die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Dagegen steht die These, dass die Linke einen verhängnisvollen Fehler begeht, wenn sie die Veränderungspotenzen des Kapitals, d.h. im konkreten Fall die neuen, im Finanzmarktkapitalismus implizierten Krisenmomente nicht oder zu spät wahrzunehmen in der Lage ist und dagegen "die Stärke der Realwirtschaft überschätzt". [15]

Wer z.B. die geradezu unvorstellbare Explosion der Kreditversicherungen (Credit Default Swaps – CDS), die sich schon seit mehreren Jahren abzeichnete, oder die nicht minder unvorstellbare Aufblähung der Schuldenfinanzierung und ihre Konsequenzen für die darin eingeschlossenen Zeitbomben nicht wahrnimmt bzw. unterschätzt, muss sowohl die künftige Krisenentwicklungen als auch die Anforderungen an ihre Überwindung falsch einschätzen. Wer die Last übersieht, die ein auf bis zu 60 Bio. US-Dollar expandierter CDS-Markt, eine

die reale Einkommenslage ausblendende Konsumentenverschuldung, ein Ausmaß der Unternehmensverschuldung von einem Vielfachen des Eigenkapitals, die Expansion eines über Verbriefungen vermittelten Sekundärkreditmarkts zum größten US-Kapitalmarktsektor etc. für die Realwirtschaft bedeutet, kann zu der auch in der Linken z.T. vertretenen These kommen, die Tiefe der Krise ermögliche einen umso kräftigeren und schnelleren Wiederaufschwung.[16]

Es geht – unter Respektierung der von Marx entwickelten grundsätzlichen Bewegungsgesetze des Kapitals und ohne Ausblendung der systemüberwindenden Zielvorstellungen – um die unvoreingenommene Wahrnehmung des Kapitalismus als "wandlungsfähiger Organismus" (Marx), um die Herausarbeitung der neuen, dem Finanzmarktkapitalismus innewohnenden Instabilitäten dieser Gesellschaftsform und um die Entwicklung politischer Strategien und Kampagnen, die der Krisenerfahrung der Menschen angemessen ist.

Die Frage der Dimension der eingetretenen und in Zukunft zu erwartenden Entwertungsprozesse, ihrer Kosten und ihrer Bewältigung ist die zentrale politische Frage dieser Jahrhundertkrise. Diese Krise ist in erster Linie eine Gerechtigkeits- und Verteilungsfrage. Daran müssen die Linke insgesamt und auch die Partei DIE LINKE verstärkt in einem offenen Diskussions- und Mobilisierungsprozess und ohne Ausgrenzung arbeiten. Dann wird die Krise auch zum Gewinnerthema.

Anmerkungen

[1] "Die Unterstützung für die Linke, die sich geradezu triumphierend in ihrer Distanz zu einem freiheitlichen Wirtschaftssystem bestätigt sieht, geht seit drei Monaten zurück." (in: Renate Köcher, Schwache Vorbehalte gegen Eingriffe, FAZ vom 25.2.2009)

[2] <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7722966100.pdf>

[3] Richard Sennett, An der Schwelle zum Verfall. Die US-Gesellschaft in der Passivitätskrise. Gespräch mit Ingar Solty, in: Das Argument, Heft 264, 2006, S. 27-35. s.a. Hans-Jürgen Urban, Notstand der Demokratie – Auf dem Weg in den postdemokratischen Kapitalismus: "Die vielfach konstatierte ‚Passivitätskrise‘ (Sennett 2006) in den westlichen Gesellschaften, Phänomene wie Politikverdrossenheit, rückläufige Wahlbeteiligungen und zunehmendes Misstrauen gegenüber Parteien und parlamentarischen Entscheidungsverfahren verweisen auf einen wachsenden Legitimationsverfall des parlamentarischen Modells der repräsentativen Demokratie"; in: Frank Deppe / Horst Schmitthenner / Hans-Jürgen Urban (Hrsg.), Notstand der Demokratie, Hamburg 2008, S. 93

[4] Vom heftigen, häufig in sektiererischen Formen ausgetragenen Kämpfen in der Linken ganz zu schweigen.

[5] laut Handelsblatt vom 6.2.2009

[6] Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt/M. 1962

[7] Die Folgen einer unzureichenden Profilierung gegenüber der SPD kann an der Situation des Berliner Landesverbands der LINKEN gut studiert werden.

[8] Siehe hierzu: "Wir wollen deshalb das gegenwärtige Zeitfenster nutzen und national wie international die Finanzmärkte ... neu ordnen." in: F.-W. Steinmeier, P. Steinbrück, Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen – unsere Finanzmarktgrundsätze, Berlin 2009, S.3. Die Autoren sprechen sich für nationale Alleingänge bei verschärften Haftungsregeln und bei der Beschränkung von Managerentgelten und Leerverkäufen aus.

[9] Der Landesparteitag NRW der Partei hat weitergehend für die "Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien" votiert.

[10] Als ein zentrales Ergebnis des G20-Gipfels wird im Handelsblatt herausgestellt, das mit

den Beschlüssen sichergestellt werden soll, "die (Bank)-Anleihebesitzer im Notfall herauszupauken", weil deren "Ausfälle die Solvenz von Versicherungsgesellschaften unterminieren könnten". Handelsblatt vom 7.4.2009

[11] Auch der Vorschlag, sich zur Problemlösung an das "schwedische Modell" zu halten, blendet erstens die heute vollständig andere Weltlage im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre und zweitens die Tatsache aus, dass Schweden vor allem durch eine kräftige Abwertung der Krone die Konjunktur wieder in Fahrt bringen konnte, was heute gänzlich ausgeschlossen ist.

[12] Bei Lebensversicherern, Pensionsfonds und -kassen ist natürlich die notwendige sozialverträgliche Abwicklung des Kapitalschnitts ein komplizierter und politisch heikler Vorgang. Die Bundesregierung hat schon mal mit einem Gesetzentwurf einen ersten vorsichtigen Schritt gewagt, indem sie verhindern will, dass staatlich unterstützte Banken Zinsen und Genussscheine an Anleihebesitzer zahlen.

[13] Selbstredend muss eine Großbank, in der bereits staatliche Mittel in großem Umfang geflossen sind und/oder die kurz vor der Insolvenz steht (wie z.B. aktuell die Commerzbank oder die HRE) verstaatlicht werden, allerdings nicht mit dem Ziel, sie nach einer bestimmten Frist an die Alt-Aktionäre wieder zurückzugeben.

[14] Robert Brenner, Neuer Boom oder neue Bubble?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 4, Hamburg 2004, S. 29; an andere Stelle führt er aus, dass "zwischen 2000 und der zweiten Jahreshälfte 2003 ... die realen Konsumausgaben pro Jahr um 2,8% (stiegen) – trotz sinkender Realeinkommen." (ebd., S. 17).

[15] Brenner hat die einseitige Interpretation des Finanzmarktkapitalismus treffend auf den Punkt gebracht: "Wirtschaftsprognostiker haben ihre Schwere (der derzeitigen Krise – HA) unterschätzt, weil sie die Stärke der Realwirtschaft überschätzten und nicht berücksichtigten, in welchem Ausmaß sie von der auf Vermögenspreisblasen gestützten Schuldenanhäufung abhängig war." (R. Brenner, "Die derzeitige Krise wird der Großen Depression gleichkommen", Interview in Sozialismus 3/2009)

[16] Unterstützend für die Vorstellung eines baldigen, kräftigen und stabilen Rebounds wird u.a. auf die Theorie der langen Wellen verwiesen, die in der kommenden Phase der green economy eine neue Bestätigung finden werde. S. hierzu auch den Artikel des SPD-Linken Michael Müller "Immer wieder geht die Sonne auf", in DIE ZEIT Nr. 7/2009.

Quelle: Arenz, Horst. Über linke Blockaden. Das Beispiel der Jahrhundertkrise. S. 21-30 in: Die Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus und ihre Alternativen, Beiträge eines Workshops, Pankower Vorträge Heft 130, 2009.